

NEUBERECHNUNG DER REICHSINDEXZIFFER FÜR BAUKOSTEN

In der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (2. Juliheft 1933, Nr. 14^{*)}) veröffentlicht das „Statistische Reichsamtsamt“ in einem längeren, mit zahlreichen Tabellen und Diagrammen ausgestatteten Artikel über „Baumarkt und Bautätigkeit“ eine neue Berechnungsmethode für den Bauindex, d. h. der Preisindexziffer der Baukostenelemente, deren Vergleich erkennen läßt, wie sich die zur Herstellung eines Baues von gleicher Ausführung und gleichem Nutzwert erforderlichen Aufwandskosten im Durchschnitt im Laufe der Zeit verteuert oder verbilligt haben.

Grundlagen der Indexberechnung

Wie bisher beschränkt sich die Indexberechnung auf den städtischen Wohnhausbau, wobei nur die eigentlichen Herstellungskosten berücksichtigt sind (also nicht Grunderwerbskosten und damit zusammenhängende Lasten). Die bisherige, seit August 1923 eingeführte, Berechnung entsprach einem Bautyp der Vorkriegszeit, d. h. dem Bauaufwand einer Vierzimmerwohnung (ohne Speicher- und Kelleranteil) von 110 qm nutzbarer Fläche in einem oberen Geschoss eines städtischen Wohnhauses, wobei vorwiegend Preise des Berliner Marktgebietes zugrunde gelegt waren, die im allgemeinen aber auch repräsentativ für die Preisbewegung im Reich angesehen werden konnten. Der neuen Indexberechnung wird dagegen ein Bautyp zugrunde gelegt, der der Bauweise der Nachkriegszeit entspricht. Und zwar sind die Aufwendungen für ein städtisches Reihenhaus^{**}) mit sechs Wohnungen zu je 2½ Zimmern gewählt, d. h. ein Bautyp, auf den in den Jahren der stärksten Bautätigkeit nach dem Kriege der verhältnismäßig größte Anteil der Neubauten entfiel.

Die Baustoffmengen, Handwerkerleistungen und Arbeiterstunden sind durch die Statistischen Ämter unter Mitwirkung der Hochbauämter von 15 deutschen Großstädten festgestellt worden, außerdem wurden auch Angaben der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mitverwendet.

Mengenschema

Das Mengenschema der alten Indexberechnung umfaßte nur 15 Positionen der wichtigsten Bau-

stoffe und die aufgewendete Stundenzahl der Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter. Das sehr viel weitgehender gegliederte neue Mengenschema umfaßt dagegen 63 Ausgabeposten, die etwa 85 v. H. der gesamten Bauherstellungskosten ausmachen. Die restlichen 15 v. H. haben für die Preisbildung eine geringere Bedeutung. Im einzelnen enthält das Schema folgendes:

die Mengen der zu verarbeitenden Baustoffe; die Frachten für den Transport der Baustoffe und die Anfuhrkosten zur Baustelle (soweit diese nicht schon in den Baustoffpreisen stecken); den Zeitaufwand für die Erdarbeiten und die Verarbeitung der Baustoffe im Bau; die Gehälter der Angestellten des Unternehmers; die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung; eine Reihe von fertigen Einzelarbeiten und sonstige Posten. Unter letzteren sind verstanden: Umsatzsteuer, Kosten für Planung und Bauleitung einschl. der örtlichen Bauführung, Baupolizeigebühren, Zinsen für ein Betriebskapital des Unternehmers in Höhe von 25 v. H. der Bausumme auf zehn Monate, Zinsen für Baugeld des Bauherrn in Höhe von 40 v. H. der Baukosten auf sechs Monate.

Dieses Mengenschema, das die durchschnittliche mengenmäßige Bedeutung der einzelnen Aufwandskosten zum Ausdruck bringt, kann einheitlich für das ganze Reich als Berechnungsgrundlage dienen.

Wertanteil der Einzelposten am Bauindex

Um sich auch ein Bild von dem Wertanteil der in der Indexziffer der Baukosten berücksichtigten Aufwandskosten machen zu können, ist dem Aufsatz auch eine solche Zergliederung nach dem Stande vom 1. April 1933 beigegeben. Wie nicht anders zu erwarten, stehen hier die Mauersteine mit 10,2, die Maurerlöhne mit 10,3, die Löhne der Bauhilfsarbeiter mit 7,2, der übrigen Bauarbeiter mit 6,9, das Bauholz mit 8,8 v. H. obenan. Die Kosten für Küchenherde und Zimmeröfen machen zusammen 5,9 v. H. aus, die Installationen 3 v. H., die Bade- und Aborteinrichtungen usw. 4,1 v. H. Die Kosten für Planung und Bauleitung einschl. örtlicher Bauführung sind mit 6,3 v. H. angegeben. Der Wertanteil der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Arbeiter und Angestellte beläuft sich immerhin auf 2,6 v. H., an Zinsen für Betriebskapital und Baugeld ergeben sich 3,6 v. H.

Berechnung des Bauindex

Die Preise der von der Indexziffer erfaßten Kostenelemente werden Mitte jeden Monats erhoben. Die Indexziffer wird, wie bisher, in der Weise berechnet, daß die im Schema vorgesehenen Mengen mit den aus den 15 Großstädten gemeldeten Preisen multipliziert werden. Die Summe dieser Produkte im Berechnungszeitpunkt wird dann zur Indexsumme der zeitlichen Basis in Verhältnis gesetzt. Die Indexbasis für die bisherige Berechnung war das Jahr 1913, für die neue Berechnung dient der Durchschnitt der Jahre 1928 bis 1930 als Basis, d. h. die Zeit der stärksten Wohnungsbau-

^{*)} Verlag Reimar Hobbing, Berlin.

^{**}) Dreigeschossiges Reihenhaus mit sechs Wohnungen zu je zwei Zimmern, Kammer, Küche, Abort mit Bad, 60 qm nutzbarer Fläche und rund 170 cbm umbauten Raumes je Wohnung; Frontlänge des Hauses rund 16 m, Breite 10 m, Geschoßhöhe 3,10 m (Kellergeschoß 2,30 m), rund 1865 cbm umbauter Raum; Ziegelmauerwerk, Grundmauern in Beton, normale Untergrundverhältnisse; massive Decken über Keller sowie in Badezimmern, sonst Holzdecken; Ausbau entsprechend Wohnbauten mittlerer Ausstattung.

tätigkeit, zugleich Jahre mit verhältnismäßig geringen Preisschwankungen.

Vergleich der Indices nach alter und neuer Methode

Die beiden nachstehend nebeneinander gestellten Tabellen der Baukostenindices nach der alten und neuen Berechnungsmethode gestatten einen Vergleich der Werte für die Zeit von 1924 bis Juni 1933 unter sich bzw. mit der Vorkriegszeit:

Indeziffern der Baukosten nach der alten Berechnung (1913 = 100)

| Monat | 1924 | 1925 | 1926 | 1927 | 1928 | 1929 | 1930 | 1931 | 1932 | 1933 |
|--------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Januar | 134,4 | 168,1 | 164,6 | 165,2 | 172,7 | 171,8 | 178,0 | 153,0 | 128,7 | 116,8 |
| Februar | 127,3 | 172,4 | 160,5 | 166,7 | 172,8 | 172,5 | 176,4 | 152,3 | 127,8 | 116,2 |
| März | 123,7 | 176,7 | 160,0 | 168,1 | 171,3 | 172,6 | 176,0 | 149,8 | 127,2 | 115,3 |
| April | 127,1 | 175,6 | 159,4 | 170,0 | 173,3 | 174,3 | 175,6 | 144,1 | 127,7 | 115,3 |
| Mai | 132,4 | 162,4 | 158,1 | 175,1 | 173,4 | 175,0 | 175,1 | 142,5 | 123,5 | 115,4 |
| Juni | 132,7 | 164,6 | 157,2 | 174,9 | 173,4 | 175,4 | 172,7 | 142,9 | 121,5 | 115,4 |
| Juli | 125,0 | 166,6 | 157,9 | 175,0 | 172,8 | 177,1 | 167,0 | 142,9 | 121,0 | |
| August | 127,0 | 165,6 | 160,4 | 174,3 | 172,1 | 179,5 | 162,2 | 143,0 | 120,6 | |
| September | 146,6 | 169,3 | 164,0 | 176,0 | 171,7 | 181,4 | 159,8 | 143,0 | 119,6 | |
| Oktober | 149,3 | 167,9 | 164,1 | 175,9 | 173,4 | 181,2 | 158,5 | 142,6 | 118,7 | |
| November | 159,6 | 166,4 | 163,4 | 175,0 | 173,3 | 181,2 | 154,9 | 141,4 | 118,6 | |
| Dezember | 163,9 | 165,8 | 163,9 | 173,5 | 172,5 | 181,1 | 154,5 | 140,5 | 117,9 | |
| Jahresdurchschnitt | 137,4 | 168,5 | 161,1 | 172,5 | 172,7 | 176,9 | 167,6 | 144,8 | 122,7 | |

Die Baukostenentwicklung seit 1924 läßt sich danach in etwa drei unterschiedliche Abschnitte einteilen: das Jahr 1924 mit besonders niedrigen Baukosten, die Entwicklung in der kurzen Konjunkturphase 1925 und 1926, den konjunkturellen Aufschwung seit 1927 mit dem darauf folgenden Rückschlag. Seit Ausbruch der Krise 1929 sind die Baukosten in einem nur kurz unterbrochenen Abstieg begriffen, wobei namentlich der Rückgang der Löhne sich besonders bemerkbar macht. Auch die Preissenkungsmaßnahmen der Reichsregierung in der IV. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 haben die Baukosten durch Senkung der gebundenen Materialpreise um 10 v. H. sichtbar herabgedrückt. Durch die außerordentliche Verteuerung der Baugelder im Sommer 1931 wurde der Preisrückgang vorübergehend aufgehalten, aber die einschneidenden Lohnsenkungen im Frühjahr 1932 bringen dann wieder einen stärkeren Rückgang. Seitdem vollzog sich der Abstieg langsamer, und gegen Ende 1932 waren bereits wieder gewisse Preiserhöhungen bemerkbar. Seit Sommer 1932 ist dann eine gewisse Stabilisierung eingetreten, wenn auch im Frühjahr 1933 in der Mehrzahl der Städte die Baulöhne wieder etwas gesenkt wurden. Über die Lohnbewegungen seit 1924 gibt die nebenstehende Tabelle Auskunft:

Bedeutung der Indexziffer

Die neue Berechnung der Indexziffer gibt an sich die Bewegung der Baukosten für Wohnbauten in der Großstadt wieder, sie kann aber als repräsentativ für das ganze Reich angesehen werden. Wie verhältnismäßig gering die Abweichungen in den 15 in Betracht gezogenen Großstädten sind, zeigt die ganz unten stehende Tabelle. Die Indexziffer ist ferner nur für einen bestimmten Bautyp errechnet, sie kann aber auch für andere Wohnbauten, soweit diese vorwiegend aus Stein bestehen und ähnlicher Ausstattung sind, als repräsentativ angesehen werden.

Indeziffern der Baukosten nach der neuen Berechnung¹⁾ (1913 = 100)

| Monat | 1924 | 1925 | 1926 | 1927 | 1928 | 1929 | 1930 | 1931 | 1932 | 1933 |
|--------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Januar | 133,2 | 154,7 | 174,9 | 161,5 | 172,7 | 175,5 | 174,9 | 163,2 | 143,8 | 125,1 |
| Februar | 128,1 | 158,5 | 173,0 | 161,5 | 172,7 | 175,5 | 174,2 | 162,5 | 142,6 | 125,0 |
| März | 132,0 | 164,3 | 170,4 | 162,7 | 172,8 | 175,6 | 173,9 | 161,7 | 140,7 | 125,1 |
| April | 138,2 | 166,2 | 168,1 | 163,8 | 175,6 | 178,3 | 173,2 | 156,1 | 139,3 | 125,0 |
| Mai | 143,8 | 170,2 | 165,9 | 168,5 | 175,8 | 178,8 | 172,5 | 154,1 | 130,6 | 125,1 |
| Juni | 140,7 | 173,2 | 164,8 | 169,4 | 176,0 | 179,3 | 171,4 | 154,7 | 129,3 | 125,5 |
| Juli | 136,1 | 175,6 | 162,7 | 169,7 | 175,8 | 179,1 | 170,2 | 156,9 | 127,9 | |
| August | 135,3 | 177,7 | 162,5 | 170,2 | 175,8 | 179,3 | 169,4 | 155,7 | 127,2 | |
| September | 140,2 | 179,0 | 162,5 | 171,6 | 175,8 | 179,5 | 168,3 | 153,6 | 126,9 | |
| Oktober | 141,0 | 177,9 | 162,5 | 172,0 | 177,0 | 179,1 | 168,3 | 152,2 | 125,7 | |
| November | 146,3 | 177,2 | 161,8 | 172,0 | 177,0 | 178,6 | 167,3 | 151,4 | 125,3 | |
| Dezember | 151,7 | 176,0 | 160,8 | 172,0 | 176,7 | 178,3 | 166,6 | 149,1 | 125,3 | |
| Jahresdurchschnitt | 138,9 | 170,9 | 165,8 | 167,9 | 175,3 | 178,1 | 170,9 | 155,9 | 132,1 | |

¹⁾ Ab 1928 Durchschnitt für 15 Städte; die Ziffern für 1924 bis 1927 sind nach der Bewegung der bisherigen Indexziffer und der Indizes mehrerer Bauämter zurückgerechnet.

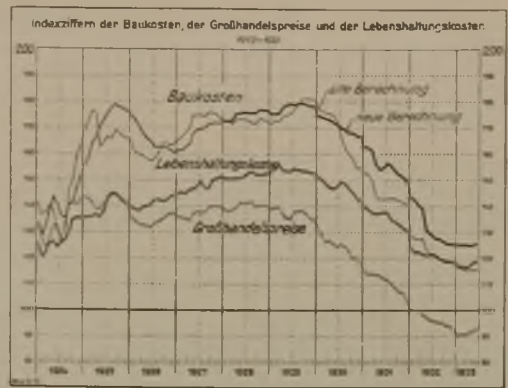
Schließlich kann auch für anderen Zwecken dienende Gebäude die Indexziffer als Bewertungsmaßstab herangezogen werden, wenn die für den Index wichtigen Kostenelemente sich in ihrer Preisentwicklung einigermaßen gleichwertig verhalten.

| Tarifmäßige Stundenlöhne für Maurer und Bauhilfsarbeiter im Durchschnitt von 15 Großstädten | Maurer | | Bauhilfsarbeiter | |
|---|-----------------|------------|------------------|------------|
| | in Rpf. je Std. | 1914 = 100 | in Rpf. je Std. | 1914 = 100 |
| 1914 | 71 | 100,0 | 57 | 100,0 |
| 1924 Januar | 57 | 80,3 | 51 | 89,5 |
| Juli | 76 | 107,0 | 65 | 114,0 |
| 1925 " | 110 | 154,9 | 93 | 163,2 |
| 1926 " | 113 | 159,2 | 93 | 163,2 |
| 1927 " | 119 | 167,6 | 98 | 171,9 |
| 1928 " | 127 | 178,9 | 105 | 184,2 |
| 1929 " | 136 | 191,5 | 113 | 198,2 |
| 1930 " | 136 | 191,5 | 113 | 198,2 |
| 1931 " | 124 | 174,6 | 103 | 180,7 |
| 1932 " | 95 | 133,8 | 79 | 138,6 |
| 1933 Januar | 95 | 133,8 | 79 | 138,6 |
| Februar | 95 | 133,8 | 79 | 138,6 |
| März | 93 | 131,0 | 78 | 136,8 |
| April | 93 | 131,0 | 77 | 135,1 |
| Mai | 93 | 131,0 | 77 | 135,1 |
| Juni | 93 | 131,0 | 77 | 135,1 |

| Indeziffern der Baukosten in 15 Großstädten 1928 bis 1930 = 100 | Berlin | Bremen | Breslau | Essen | Frankfurt a. M. | Hamburg | Hannover | Karlsruhe | Köln | Königsberg Pr. | Leipzig | Magdeburg | München | Nürnberg | Stuttgart | im Durchschnitt |
|---|--------|--------|---------|--------------------|-----------------|---------|----------|-----------|-------|----------------|---------|-----------|---------|----------|-----------|-----------------|
| 1928 Jahresdurchschnitt | 100,4 | 99,0 | 101,3 | 101,2 | 98,7 | 100,6 | 100,9 | 100,2 | 100,8 | 101,2 | 101,2 | 98,9 | 100,4 | 99,9 | 100,1 | 100,3 |
| 1929 " | 102,5 | 101,4 | 102,6 | 101,4 | 102,3 | 101,2 | 101,4 | 102,1 | 102,0 | 102,1 | 103,3 | 101,6 | 101,7 | 101,9 | 101,1 | 101,9 |
| 1930 " | 97,1 | 99,2 | 96,2 | 97,5 | 99,0 | 98,1 | 97,7 | 97,8 | 97,2 | 96,8 | 95,5 | 99,5 | 98,0 | 98,2 | 98,8 | 97,8 |
| 1931 " | 89,0 | 91,5 | 86,2 | 89,0 | 90,4 | 91,7 | 91,3 | 87,4 | 86,6 | 89,7 | 85,1 | — | 90,7 | 85,9 | 88,5 | 89,2 |
| 1932 " | 74,9 | 77,3 | 74,6 | 77,3 | 77,8 | 76,6 | 78,2 | 72,2 | 71,9 | 76,8 | 73,0 | 78,3 | 76,4 | 73,8 | 74,5 | 75,6 |
| 1933 Januar | 70,8 | 73,6 | 69,4 | ¹⁾ 74,6 | 74,5 | 71,8 | 75,0 | 67,1 | 67,9 | 72,1 | 69,4 | 73,4 | 73,2 | 69,4 | 71,6 | 71,6 |
| Februar | 70,2 | 73,7 | 70,3 | — | 74,4 | 71,8 | 74,6 | 67,1 | 67,9 | 72,1 | 69,1 | 73,4 | 73,2 | 68,5 | 71,6 | 71,5 |
| März | 70,3 | 74,3 | 71,7 | — | 74,3 | 72,1 | 73,5 | 67,4 | 67,9 | 71,5 | 69,4 | 74,8 | 73,1 | 68,5 | 70,9 | 71,6 |
| April | 70,3 | 74,3 | 71,3 | — | 73,6 | 72,2 | 73,7 | 67,5 | 66,8 | 71,5 | 69,4 | 75,3 | 73,2 | 67,2 | 71,9 | 71,5 |
| Mai | 70,7 | 74,9 | — | — | 74,3 | 72,1 | 73,6 | 68,5 | 66,6 | 71,2 | 69,4 | 75,7 | 72,4 | 67,2 | 71,9 | 71,6 |
| Juni | 70,7 | 75,1 | — | — | 74,3 | 72,8 | 73,6 | 68,4 | 68,3 | — | 69,4 | 75,7 | 72,5 | — | 71,2 | 71,8 |

¹⁾ Dezember 1932

Das nebenstehende Diagramm gibt schließlich noch einen Vergleich der Bewegung der Indexziffer der Baukosten mit den Großhandelspreisen und der Indexziffer der Lebenshaltungskosten. Es geht daraus der niedrige Stand der ersten Hälfte 1924 hervor, in welcher die Baukosten unter den beiden anderen Kurven liegen. Dann folgt aber der rasche Aufstieg der Baukosten, die sich dann dauernd erheblich über den Großhandelspreisen und den Lebenshaltungskosten halten, im übrigen aber in ihrem Auf- und Abstieg dann im allgemeinen dem Bilde der Kurven dieser beiden Preisfaktoren folgen. Nach der alten Berechnungsweise schließen sich die Baukosten schließlich an die Kurve der Lebenshaltungskosten 1932 und 1933 ziemlich eng an.



STEIGERUNG DER ARBEITSLEISTUNGEN DER SIEDLER BEI DER VORSTÄDTISCHEN KLEINSIEDLUNG

Vorbemerkung der Schriftleitung. Wir stellen die nachstehenden Anregungen, die zweifellos einen gesunden Kern haben, zur Erörterung, obgleich wir ihre praktische Durchführung für schwierig halten

Das Reichsgesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 sieht unter den Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffen werden sollen, auch die Siedlung vor. Dabei soll auch die vorstädtische Kleinsiedlung (Reichskleinsiedlung) in Zukunft weiterhin planmäßig gefördert werden. Für diesen Zweck sind inzwischen neuerdings 50 Millionen Mark ausgeworfen worden. Auf die planmäßige Förderung der vorstädtischen Kleinsiedlung werden sich namentlich die Gemeinden, die bisher in erster Linie Träger dieser Siedlungswerte gewesen sind, einrichten müssen, vor allem auch in der Richtung, die bisher gemachten Erfahrungen für die neuen Siedlungen möglichst weitgehend nutzbar zu machen. Hier soll nur von den Erfahrungen die Rede sein, die im Zusammenhang mit der Mitarbeit der Siedler gemacht worden sind.

In den Richtlinien des Reichsarbeitsministers vom 20. Februar 1933 heißt es: „Auf die Selbst- und Nachbarhilfe der Siedler darf in keinem Falle verzichtet werden; sie stellt ein wesentliches Mittel dar, um die Siedlung zu verbilligen.“ Nun hat die Erfahrung gelehrt, daß die Ergebnisse sowohl der Selbsthilfe als auch insbesondere der Nachbarhilfe bei den einzelnen Siedlern sehr verschieden sind. Unterschiede in den Arbeitsleistungen von 100 v. H. sind nicht ungewöhnlich, man hat sogar solche bis 150 u. 200 v. H. festgestellt. Die unterschiedlichen Arbeitsleistungen haben verschiedene Ursachen. Es ist selbstverständlich, daß nicht alle Siedler gleich kräftig sind und selbst unter der Voraussetzung gleich guten Willens schon rein körperlich nicht die gleichen Leistungen vollbringen können. Sehr wesentlich spricht auch in bezug auf die Arbeitsleistung der frühere Beruf des Siedlers mit. Bisherige Handarbeiter — insbesondere die so sehr gesuchten, aber verhältnismäßig raren Bauarbeiter — werden wesentlich mehr leisten als ehemalige Büroarbeiter, Landarbeiter mehr als Stadtarbeiter. Auch die Willenskraft ist sehr verschiedenartig, noch unterschiedlicher der gute Wille zur Nachbar- und gemeinschaftlichen Mithilfe. Überall wird man die Erfahrung gemacht haben, daß es hier zahlreiche Abstufungen gibt, angefangen vom Siedler, der bis zum letzten Spatenstich vom richtigen, echten Gemeinschaftsgeist erfüllt ist, bis zum ausgesprochenen Faulpelz und Drückeberger bei der Arbeit. Wenn man auch Mittel und Wege finden wird, die schlimmsten Nichtstuer im Laufe der Zeit auszumerzen, so wird doch im übrigen jedem einzelnen Siedler ein-

heitlich und in gleicher Weise ohne Rücksicht auf seine Arbeitsleistung Siedlerstelle mit Siedlerhäuschen zuteil, wenn er nur die im Siedlervertrag festgelegte Mindestzahl an Tagsschichten erreicht hat. Hierin liegt zweifellos eine große Ungerechtigkeit. Es sollte jedem Siedler seine Arbeitsleistung, soweit sie über die geforderte Mindestleistung hinausgeht, in irgendeiner Form besonders angerechnet werden, tunlichst in einer solchen, die den einzelnen Siedler anreizt, sein Äußerstes zu geben. Das hat zur weiteren Folge, daß sich die allgemeine Arbeitsleistung wesentlich erhöhen wird, was sich wieder in einer beschleunigten Fertigstellung der Siedlung auswirken muß. Im nachfolgenden werden einige Maßnahmen vorgeschlagen, die der Erhöhung der Arbeitsleistung der Siedler in diesem Sinne dienen sollen:

1. Die Siedlerstellen sollten erst verlost und die Siedlerverträge erst abgeschlossen werden, wenn die Häuser fertiggestellt sind

Es sind auch schon Gründe für die gegenteilige Regelung vorgebracht worden, d. h. dafür, daß das Gelände den Siedlern vor Beginn der Arbeiten zugeteilt werden soll. Das habe den Erfolg, daß der Siedler sich von vornherein mit der Siedlung verwachsen fühle und in seiner freien Zeit über die Pflichtstunden hinaus mit seinen Familienangehörigen an seinem Siedleranwesen arbeite. Das letztere mag richtig sein. Aber in der Regel liegen die Dinge so, daß sich das Interesse des Siedlers bei vorheriger Verlosung der Siedlerstellen ausschließlich oder doch überwiegend auf die eigene Siedlerstelle konzentriert und daß er, besonders wenn erst einmal das eigene Siedlerhaus fertiggestellt ist, für die Gemeinschaftsarbeiten kein Interesse mehr aufbringt. Es ist aber in der Praxis doch so, daß unmöglich alle Siedlerhäuser, die zu einer größeren geschlossenen Siedlungsanlage gehören, gleichzeitig in Angriff genommen oder gar gleichzeitig fertiggestellt werden können, um von den übrigen Gemeinschaftsarbeiten, die zur Aufschließung einer derartigen Siedlung erforderlich sind und auch nach Fertigstellung der Häuser noch anfallen, gar nicht zu reden. Es wird also bei einer nachträglichen Verteilung der Siedlerstellen der allgemeine Arbeitseifer zum allgemeinen Besten, d. h. zur Fertigstellung der ganzen Siedlung, wachgehalten. Dazu kommt der weitere Vorteil, daß es bei einer nachträglichen Verteilung der Siedlerstellen viel leichter möglich ist, ungeeignete Siedler-

anwärter, die bei den Gemeinschaftsarbeiten ungenügende Leistungen aufzuweisen hatten, auszuschneiden. Sind erst einmal rechtliche Bindungen eingetreten, so ist das wesentlich schwerer.

2. Diejenigen Siedleranwärter, die über einen bestimmten Bruchteil der Gesamtarbeitszeit hinaus fehlen, müssen ausscheiden

Man wird diesen Bruchteil der Gesamtarbeitszeit vielleicht mit 25—50 v H bemessen können. Beim Vorliegen wirklich triftiger Gründe (z. B. nachgewiesener Krankheit, Unfall oder dergl.) wird man, um Härten zu vermeiden, Ausnahmen bewilligen. Wer nicht einmal einen bestimmten Mindestbruchteil der erforderlichen Arbeitsleistung zustande bringt, ohne durch besondere Umstände entschuldigt zu sein, beweist dadurch, daß er als Siedler nicht geeignet ist.

3. Die Arbeitsleistungen der einzelnen Siedler sind in regelmäßigen Zeitabständen an der Baustelle öffentlich anzuschlagen

Eine solche Maßnahme wird bestimmt zu einer starken Steigerung der gesamten Arbeitsleistungen beitragen, vor allem aber diejenigen Siedler anspornen, die sich nicht an der Spitze, evtl. sogar unter dem Durchschnitt halten; vorausgesetzt, daß sie guten Willens sind. Der öffentliche Anschlag, der etwa allwöchentlich

auf dem laufenden zu halten wäre, dient zugleich einer Art Kontrolle durch die Gesamtheit der Siedlungsanwärter. Aber auch der einzelne Siedler kann sich durch die vorgeschlagene Maßnahme jederzeit ein Bild darüber machen, an welcher Stelle er mit seiner bisher geleisteten Arbeit steht. Denn die meisten Siedler werden sich von ihrer geleisteten Arbeit in der Regel ein zu günstiges Bild machen.

4. Die Arbeitsleistung der einzelnen Siedler ist bei der hypothekarischen Belastung der einzelnen Siedler anzurechnen

Dieser Vorschlag ist der weitestgehende, dürfte aber auch die besten Folgen zeitigen. Er ist so gedacht, daß derjenige Siedler, der durch die Leistung der höchsten Zahl von Tagschichten die größte Arbeitsleistung vollbracht hat, durch die verhältnismäßig geringste hypothekarische Belastung am günstigsten gestellt werden soll. Umgekehrt soll sich der mangelnde Fleiß des Siedlers in einer höheren hypothekarischen Belastung des zugeleiteten Anwesens auswirken. Es soll also die hypothekarische Belastung nicht mehr, wie dies bisher der Fall war, gleichheitlich gestaltet, sondern nach den Leistungen der einzelnen Siedler abgestuft werden. Eine solche Anrechnung der Arbeitsleistung wäre nicht nur gerecht und billig, sie würde mehr noch als die vorher bereits angeführten Maßnahmen eine allgemeine Steigerung des Leistungsdurchschnitts zur Folge haben. A.

STÄDTEHEIZUNG UND ENERGIE-GEWINNUNG

Auf der Teiltagung der Weltkraftkonferenz, die vom 26. Juni bis 9. Juli d. J. in Skandinavien in fortlaufender Folge in den Städten Kopenhagen, Stockholm, Helsingfors und Oslo stattfand, erstreckten sich die Erörterungen auf die Energieversorgung der Großindustrie und des Verkehrswesens. In beiden Fällen muß eine Verbilligung der Energie angestrebt werden, um die Produktion zu verbilligen und zu beleben. Ein Hauptweg hierzu ist die Deckung von Wärmebedarf bei Erzeugung elektrischer Energie, wie das besonders bei der Städteheizung geboten ist. Das aus den Dampfturbinen der Kraftwerke anfallende Kondensationswasser, das etwa noch 70 v H der für die Energieerzeugung aufgewendeten Wärme enthält, oder Dampf von etwa 5 bis 2 Atm. der sogen. Gegendruckturbinen entnommen wird, d. h. in beiden Fällen kann die bei der Elektrizitätserzeugung anfallende Wärme mittels eines Rohrnetzes über Stadtviertel verteilt werden und die Beheizung der Gebäude in jeglicher Art mit Warmwasser oder Dampf erfolgen. In dieser Weise werden — abgesehen von anderen betriebstechnischen Vorteilen — ungemain wohlfeile Energien zum allgemeinen Vorteil der Volkswirtschaft gewonnen. Hieraus erhellt auch, wie wichtig die Verbreitung der Städteheizung ist, da ein beträchtlicher Teil des Brennstoffverbrauchs in zivilisierten Ländern der mäßigen und kalten Zone auf die Gebäudeheizung während der kalten Jahreszeit und auf die Warmwasseraufbereitung für Haushaltzwecke entfällt. Die Hoffnung wurde ausgesprochen, daß in nicht zu ferner Zeit die meisten großen und mittleren Städte über eigene Fernheizwerke verfügen werden, wodurch die Wärme zu einer öffentlichen Nützlichkeit ähnlich wie Gas, Wasser und Elektrizität wird. Nach einem Bericht von Schereschewsky auf der Tagung gibt es zur Zeit in den USA., Kanada und Mexiko 165, in Europa 28 Städteheizungen. Von letzteren entfallen auf Deutschland 17, so daß dieses in dieser wichtigen kulturellen Frage an der Spitze der

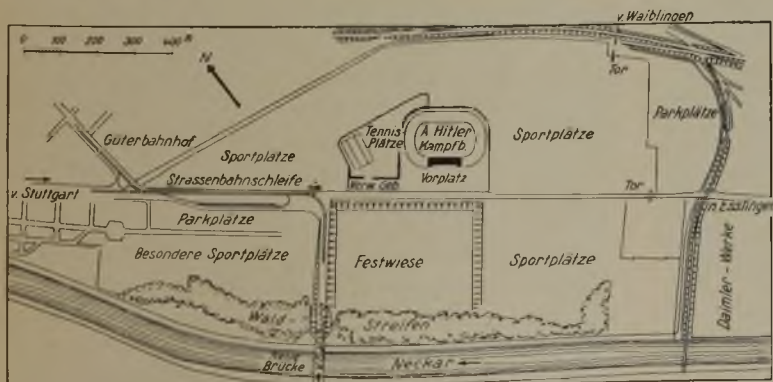
europäischen Nationen liegt. In Deutschland selbst hat Hamburg die größte Städteheizung, in der im Jahre 1930 350 000 t Heizdampf verkauft wurden. Nach den Ausführungen von Direktor Margoli hat sich in der Hamburger Anlage ein von der Firma Otto Meyer, Hamburg, gelieferter Dampfspeicher, in dem sich bei einem Fassungsraum von 2500 cbm — 35 m Höhe, 10 m Durchmesser — 100 Millionen kcal speichern lassen, sehr gut im Betrieb des Heizwerks bewährt. In den Morgenstunden wird aus ihm die Wärmespitze, in den Abendstunden die Lichtspitze gedeckt. Nach Dir. Margoli ist die Fernheizung nur eine Frage der Zeit und des Wohlstandes und damit des kommunalen Kraft-Heizbetriebes. Für seine Entwicklung wird die Verlängerung der Verteilungsleitungen ausschlaggebend sein, die auch zu einer Dezentralisation der Maschinenanlagen und zum Übergang von Kondensations- zum Gegendruckbetrieb führen wird, der Verbilligung und bessere Auswertung der Anlage im Gefolge hat. Ähnliche Gedanken brachte Dr. Rosenthal von der Julius Pintsch A.-G., der statt der Mammut-Kraftwerke die Anlage von innerhalb der Städte gelegenen, zweckmäßig örtlich verteilten kombinierten Heizkraftwerken empfiehlt, die mit Gas aus einem großen an der Peripherie der Stadt angelegten Gaswerk geheizt werden und den anliegenden Stadtbezirk mit dem elektrischen Strom und mit Niederdruckdampf oder Warmwasser für Heizzwecke versorgen. Dies hat außerdem den Vorteil, daß alle wertvollen Nebenprodukte aus der Kohle, die bei ihrer Verbrennung verloren werden, gewonnen werden. Bei den Gasdampfkesseln ist dann nicht an die üblicher Konstruktion, sondern schon mehr an Dampferzeugermaschinen gedacht, wie sie z. B. etwa im Velox-Kessel der BBC jetzt in Erscheinung treten. Diese sich scheinbar anbahnende Schwenkung vom riesigen üblichen Kohle-Dampfkessel zum handlichen raumsparenden Gas-Dampfkessel höchster Leistung war ein beachtliches Merkmal dieser Weltkrafttagung.

Reg.-Baumstr. P r z y g o d e, Berlin

DIE ADOLF-HITLER-KAMPFBAHN IN STUTTGART

Städtische Sportanlagen auf dem Wasen

Entwurf der gesamten Sportanlagen: Oberbaurat Dr.-Ing. Ströbel und Prof. Dr.-Ing. E. h. Bonatz; der Kampfbahn mit Tribüne: Städt. Hochbauamt, Oberbaurat Dr.-Ing. Schmidt / 9 Abbildungen



1 Vogelschaubild des Sportplatzes
Kampfbahn und Tribüne, Tennisplätze, Ver-
waltungsgebäude (Zelte für das Turnfest)

2 Blick gegen die Tribüne von der Kampfbahn aus

3 Lageplan des gesamten Sportgeländes 1 : 20000



4 (oben) Gesamtansicht des Tribünenbaues nach der Wernerstraße (Ausführung in Eisenbeton)

Aufnahmen:
Bildkunst Lazi, Stuttgart



5 Haupteingang zur Kampfbahn

Entwurf: Städt. Hochbauamt, Oberbaurat
Dr.-Ing. Schmidt

Die Kampfbahn, die in den beigegebenen Abbildungen dargestellt und weiterhin beschrieben ist, bildet den Kern der Großanlage für Turnen und Sport, an der es der schwäbischen Hauptstadt bisher gefehlt hat. Nach Erwerb einer 139 ha großen Grünfläche in der Nähe des Neckars und nach dessen Kanalisierung, die die bisher bestehende Hochwassergefahr für das Gelände beseitigte, war es möglich, den Plan eines großen Sportforums in schöner Lage durchzuführen. Das für 1933 in Aussicht genommene „Deutsche Turnfest“, das dieser Tage in Stuttgart sich abgespielt hat, gab Veranlassung zu rascher Durchführung. Dabei erhielt die Kampfbahn ihren Namen.

Zur Gewinnung von Plänen für die städtebauliche Gestaltung des Geländes und der anschließenden Gebiete wurde unter deutschen Architekten und Ingenieuren ein

Wettbewerb ausgeschrieben und der Plan von Professor Dr.-Ing. E. h. Bonatz, Stuttgart, der Gesamtaufteilung zugrunde gelegt.

Das Gelände (Lageplan Abb. 3) wird durch breite Zugangsstraßen erschlossen, von Cannstatt und Gaisburg her, die über eine neue Neckarbrücke zur Werderstraße geführt sind. Eine zweigleisige Straßenbahn mit Schleife an dieser Straße kann in der Stunde bis 15 000 Personen an- und abtransportieren. Daneben sind große Parkplätze für Automobile vorgesehen. Für das Turnfest wurden Abstellplätze für 14 000 Wagen geschaffen.

Die Werderstraße, die etwa parallel zum Neckar verläuft, bildet die große Hauptachse der Anlage. Gegen den Neckar gewährt ein Waldstück einen schönen Abschluß, dahinter, bis an die Straße heranreichend, ist eine große



6 Tribünenbau
Mit Absperriegitter und Aufgängen zur Tribüne, sowie zu den ungedeckten Sitzen

Aufnahme: Bildkunst
Lazi, Stuttgart



7 Tribünenbau in der Ausführung
Eisenbetonbau mit frei ohne Stützen 14 m weit vorgekragtem Dach. Einzelfundamente z. T. Pfahlgründung



8 (links) Blick in die Tribüne

9 Blick unter die Tribüne

Aufnahme: Hildenbrand, Stuttgart

Festwiese angeordnet von 410 m Länge, 210 m Tiefe, an drei Seiten von flachen Zuschauerrampen umgeben. Für das Turnfest wurden an den Längsseiten noch Holztribünen errichtet, so daß im ganzen für 200 000 Zuschauer Platz geschaffen war. Auf diesem Felde finden große turnerische Vorstellungen, Schulschauspiele u. dgl. statt. Von einem am Eingang zur Festwiese errichteten 40 m hohen hölzernen Flaggenturm wurden während des Turnfestes die Signale gegeben.

Den nördlichen Teil des Sportplatzgeländes mit den Daueranlagen zeigt unsere Abb. 1 aus der Vogelschau. Sie läßt im Mittelpunkt die Hitler-Kampfbahn mit gedeckter Tribüne, offenen Sitzreihen, Zugangstreppen und Tunneln zum inneren Kampffeld erkennen. Zwischen Werderstraße und Tribüne ist noch ein 80 m tiefer Vorplatz eingeschaltet, um Raum für Massenentwicklung zu geben, der von Baumreihen und niedrigen Kassenanlagen (vgl. auch Abb. 6) umfaßt wird und dessen Abschluß die kraftvoll gegliederte 100 m lange Tribünenfront bildet (Abb. 4 und 5) mit dem Haupteingang zur Kampfbahn und den Betriebsräumen unter der Tribüne. Die Zuschauer gelangen durch die Kassen auf eine, die ganze Kampfbahn umfassende 10 m breite Verteilungsstraße und von dort zu ihren Plätzen. Links im Vordergrund erscheint das Tennisgelände mit insgesamt 12 Plätzen. Für ein Turnierfeld sind zwei Plätze in der Längsrichtung zusammengefaßt und mit 2 m hohen Erdrampen für Zuschauerplätze umgeben. Auf diesem kleinen Kampfplatz können auch Tanz-, Ring- und Boxsport-Veranstaltungen abgehalten werden.

Nach der Werderstraße zu werden die Tennisplätze von dem einstöckigen Betriebs- und Wirtschaftsgebäude umfaßt, das rechts unten in Abb. 1 erscheint. Am Rand des Geländes waren die für das Turnfest erstellten Auskleidezelte usw. angeordnet, dahinter bauen sich die den Talkessel von Stuttgart umschließenden waldigen Höhenzüge auf. Das Ganze ist nach Lage und vorbildlicher Durchgestaltung auf Grund der schon an anderer Stelle gewonnenen Erfahrungen eine ideale Anlage für ihre Zweckbestimmung.

Bezüglich der Kampfbahn selbst sei hier noch bemerkt, daß sie ein Fußballfeld enthält — nach den Wettkampfbestimmungen 70 zu 105 m groß und in der erwünschten Richtung NW—SO —, umrahmt von einer 400 m langen Aschenlaufbahn mit 7,5 m Breite (für 6 Laufbahnen), ferner Anlagen für Hoch- und Weitsprung vor der Tribüne, eine Kurzstrecke von 100 m, eine Hürdenlaufbahn von 112 m, in den beiden Bogenabschnitten Sprunganlagen, Plätze für Kugelstoßen sowie Speer- und Diskuswurf. Das Gelände ist drainiert, alle Flächen (mit Ausnahme der Laufbahnen und Springgruben) erhielten nach Abhub des Mutterbodens eine Aufschüttung von 15 cm Kies, 30 cm Erde, 10 cm Rasenplatten. Die Laufbahnen erhielten nach Abhub von 45 cm Boden eine Deckung von 33 cm Schlackenfüllung und 12 cm Aschenmischung. Den Zugang unter dem Zuschauerwall hindurch vermitteln drei Tunnel, von denen der Haupttunnel in Abb. 1 erscheint, während die anderen beiderseits der Tribüne liegen. Der Zuschauerwall besteht aus einer 31,5 m breiten, 4,5 m hohen Erdschüttung und besitzt 21 Stufen von je 85 cm Breite, 25 cm Höhe. Zur schon erwähnten, in Kammhöhe des Erdwalls liegenden Verteilungsstraße führen 17 Treppen. An beiden Enden sind in die Böschungen Abortanlagen eingebaut. Insgesamt finden bei dieser Anlage 35 000 Zuschauer Platz, doch können durch behelfsmäßige Anlagen leicht noch 5000 bis 10 000 Zuschauer untergebracht werden.

Bemerkenswert ist die Tribünenanlage, die den Erdwall auf 112 m Länge unterbricht. Sie ist in den Abb. 2 und 6 bis 9 näher dargestellt. Sie enthält 2500 Sitzplätze und die für den Kampfbetrieb nötigen Räume und ist ohne jede das Blickfeld behindernde Stützenreihen — wie das übrigens auch bei einer Reihe anderer moderner Kampfbahnen geschehen ist — in Eisenbeton erstellt. Über Treppenanlagen kommt man ebenfalls zu der Verteilungsstraße und von dort zu den Sitzplätzen. Die konstruktive Gestaltung kommt in der kraftvollen architektonischen Form des Baues voll zum Ausdruck. Die Tribüne enthält in der Mitte eine Ehrenloge mit 55 Plätzen, eine Funkkabine, zwei Büfets mit Aufzügen zu dem unter der Tribüne liegenden Erfrischungsraum. Die Räume unter der Tribüne sind voll ausgenutzt und durch die Halle des Haupteinganges in eine Männer- und Frauenseite geteilt. Es sind hier Garderoben, Mannschaftsräume, Brause und Massageräume, solche für Sanitäter und Presse, Aborte, Heizungs- und Geräteräume untergebracht.

Über die konstruktive Durchbildung und Ausführung des Tribünenbaues von 100 m Länge, 21 m Breite ist noch Folgendes zu sagen (vgl. Abb. 7): Der Oberbau ist eine Eisenbeton-Rahmenkonstruktion mit zwölf Bindern in je 7,65 m Entfernung. Durch zwei Dehnungsfugen wird der Bau in drei Abschnitte geteilt. Für die Sitzplatzkonstruktion von 15 Reihen sind zwischen die Hauptbinder noch zwölf Zwischenbinder eingelegt. Die Dachhaut besteht aus einer kontinuierlichen Eisenbetonplatte in Gewölbeform (Halbmesser 35 m) mit einer freien Ausladung von 14 m. Die Platte hat in den Endfeldern 10 cm, in den Mittelfeldern 8 cm Stärke, über den Stützen tritt zur Aufnahme der Momente eine Verstärkung durch Vouten auf 22 cm ein. Die Dachbinder haben in den eingespannten und verankerten Zugstützen einen Querschnitt von 125 zu 50 cm, auf die mittleren Druckstützen sind sie mit Gelenken aufgelagert. Die Kragarme haben am Auflager 280 zu 50 cm Querschnitt. Für die Konstruktion ist Portlandzement, zum Teil hochwertiger (270 kg/cbm), verwendet. Der Beton enthält ein Drittel Rheinkies, zwei Drittel Neckarfeinkies. Die Probewürfel erreichten nach 28 Tagen eine Festigkeit von 394 kg/cm².

Die Gründung mußte, da der Untergrund von sehr verschiedener Beschaffenheit ist, für die drei Bauabschnitte auch in verschiedener Weise erfolgen: bei dem einen genügten flache Einzelfundamentplatten mit 2,5 kg/cm² Bodenpressung, bei dem anderen gelangte man bei derselben Gründungsart in aggressives Grundwasser, beim dritten mußte bei tiefer Lage des guten Baugrundes auf Eisenbetonpfähle gegründet werden. Zum Schutz gegen das Grundwasser wurden alle Fundamente in Montanzement hergestellt.

Die Ausführung der Tribüne erforderte bei der beschriebenen Gründung und bei wirtschaftlicher Ausnutzung des Schalungs- und Rüstungsmaterials fünf Monate.

Daß die Anlage an verschiedenen Stellen mit Steckkontakten für Fernsprecher, Mikrophone für Funkübertragungen, ferner mit Lautsprechern ausgerüstet ist, versteht sich von selbst.

Nicht verbunden ist mit der Sportanlage auf dem Wasen selbst eine Schwimmbahn. Sie konnte aber mit Sprungbecken und Sprungturm für das Turnfest mit dem in der Nähe befindlichen Inselbad in Untertürkheim in einem dort schon vorhandenen Schwimmbecken leicht eingerichtet werden. Im übrigen waren selbstverständlich für das Turnfest außer den schon erwähnten noch eine ganze Reihe von Nebenanlagen nötig, sowohl für die Wettkämpfe wie für das Publikum, die alle von Prof. Dr.-

Ing. E. h. Bonatz entworfen worden sind. Wir müssen darauf verzichten, an dieser Stelle näher auf diese Anlagen einzugehen.

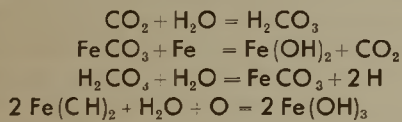
Die Ausführung erfolgte von 1931 bis 1933 durch das Städt. Hochbauamt und das Städt. Tiefbauamt in Verbindung mit dem Stadterweiterungsamt. Bei dem Entwurf der Adolf-Hitler-Kampfbahn mit Tribüne stand dem Ober-

baurat Dr.-Ing. Schmidt Architekt Amesöder zur Seite. Die konstruktive Bearbeitung und die örtliche Bauleitung hatten die städt. Baumeister Döttlinger und Köhler. Die Verkehrsanlagen, Erdwälle, Spielfelder und Tennissportanlagen unterstanden dem Tiefbauamt unter Leitung von Baudirektor Dr.-Ing. Maier, die örtliche Bauleitung besorgte Stadtbaurat Grünwald.

DAS PRAKTISCHE BEISPIEL

Einige Bauschäden Dr.-Ing. Meyer, Braunschweig / 3 Abbildungen

Bild 1, eine Eisenbetonplattenwand, zeigt häufig vorkommende Schäden an Eisenbetonwaren (Eisenbetonplatten, Pfosten, Röhren usw.), verursacht durch das Rosten des Eisens. Dieses Rosten tritt ein, wenn Luft und Wasser durch nicht genügend dichten Beton an das Eisen gelangen können. Im vorliegenden Fall ist der Beton sehr porös, und die Eiseneinlagen liegen nur 1 cm tief. Zu beachten ist weiter, daß selbst anfangs ziemlich dichter Beton allmählich poröser wird, indem das Kalziumkarbonat im Beton allmählich unter Aufnahme von Kohlensäure in wasserlösliches Kalziumkarbonat überführt und herausgewaschen wird. Es kommt also sehr darauf an, bei Eisenbetonwaren einen möglichst dichten, wenig porösen Beton herzustellen. Sehr gut dicht ist diese Betonhülle beispielsweise beim Schleuderbeton. In einem solchen Fall genügt es, wenn die Eiseneinlagen 1½ bis 2 cm tief eingebettet werden. Dagegen nützt es auch nicht, die Eiseneinlagen tiefer, bis 3 cm, einzubetten, wenn der Beton durchlässig ist. Bildet sich aus dem Kohlendioxyd der Luft (CO₂) und dem Wasser (H₂O) Kohlensäure (H₂CO₃), und gelangt diese an das nicht genügend geschützte Eisen, so beginnt sofort die Zersetzung des Eisens, indem anfangs durch die Kohlensäure ein Eisenatz, Eisenkarbonat (FeCO₃), gebildet wird, darauf entsteht zunächst unter Aufnahme von Wasser das Ferrohydroxyd (Fe(OH)₂) und zuletzt bei weiterer Einwirkung von Wasserstoff und Sauerstoff der eigentliche Rost, das Ferrihydroxyd (Fe(OH)₃). Folgende Gleichungen erklären den Verlauf dieser Zersetzung:



Bei diesem Übergang des Eisens in Rost dehnt es sich um das Fünffache seines Volumens aus und zersprengt dabei natürlich Mörtel und Stein. Es ist also unbedingt notwendig, diese Zersetzung des Eisens in seiner Betonumhüllung zu verhüten, indem man einen möglichst dichten Beton herstellt. Das erreicht man durch Verwendung eines nicht zu mageren Mischungsverhältnisses, reinen Anmachewassers und eines reinen Sandes mit möglichst geringer Hohlräumigkeit. Wichtig ist auch, nicht Eisen einzulegen, an denen sich bereits eine starke Rostschicht gebildet hat. Trotz dichten Betons sollten aber alle Eiseneinlagen mindestens von einer 1½ cm starken Betonhülle umgeben sein. (Vgl. DIN 1045: „Die Betondeckung aller Eiseneinlagen, auch etwaiger Bügel, muß mindestens dick sein: Bei Platten und Rippendecken im allgemeinen 1 cm, im Freien 1,5 cm. Bei allen anderen Bauteilen im allgemeinen 1,5 cm, im Freien 2 cm. Hierbei gelten Steinverkleidungen und dergleichen nicht als Betondeckung.“) Eine weitere mögliche Zerstörung des Eisens, das Rosten durch elektrische Vorgänge, soll gelegentlich gesondert besprochen werden.

Bild 2 zeigt Verwitterungsschäden an einem Sandsteinsockel. Will man Sandstein verarbeiten, so ist es unerlässlich, vorher nachzuprüfen, welches Bindemittel die einzelnen Sandkörner miteinander verbindet. Hier sind zu unterscheiden: toniges, kalkiges oder quarziges Bindemittel. Ein Sandstein mit tonigem Bindemittel ist beständig, wenn vom Stein kein Wasser aufgesogen wird. Ist das aber der Fall, so wird ein solcher Stoff wenig frostbeständig sein, und durch das Regenwasser werden die durch Zerfrieren gelockerten Teile bald herausgewaschen. Das Bild zeigt einen solchen Bauschaden. Überall dort, wo besonders stark tonhaltige wasser-



1 Schäden an Eisenbahn-Plattenwand verursacht durch Rosten des Eisens an undichten Stellen



2 Verwitterungsschäden am Sandsteinsockel



3 Schäden verursacht durch mangelhaften Schornstein

aufsaugende Schichten vorhanden sind, zeigen die Steine tiefe Rillen und Löcher. (Der linke Quader in Bild 2 ist außerdem „auf Spalt“ versetzt. Das ist falsch.) Bei einem Sandstein mit kalkigem Bindemittel ist es notwendig, festzustellen, ob der Kalk kristallin oder amorph vorliegt, da

sich gezeigt hat, daß Sandstein mit kristallinem Kalk als Bindemittel sich besonders gut bewährt hat, während bei amorphem Bindemittel leicht Verwitterungsschäden entstehen. Nicht verwendet werden sollten beide Arten in Industriegegenden, wo eine allmähliche Zersetzung durch die Atmosphärrillen eintritt, da erstens, wie in anderen Gegenden auch, die Oberfläche ganz allmählich in das wasserlösliche Kalziumkarbonat übergeführt wird, und zweitens durch den Säuregehalt der Luft Gips entsteht, der gleichfalls wasserlöslich ist. Die Sandteilchen bröckeln dann heraus. Der beste Sandstein aber ist der mit quarzigem Bindemittel. In diesem Baustoff sind die Sandteilchen fest und dicht durch eine amorphe Kieselsäuremasse miteinander verbunden.

Bild 3 zeigt einen Schaden, der durch einen Fehler im technischen Ausbau hervorgerufen wird. In der Wand liegt ein gemauertes Schornsteinrohr. Der beschädigten Fläche gegenüber ist aus der Küche heraus das Gruderohr eingeleitet. (Die gleichen Schäden können auch bei Gasöfen auftreten.) Sind die Schornsteinwandungen kälter als 100°, so schlägt sich der Wasserdampf der Gruderwasen im Schornstein als Wasser nieder, dringt durch die Schornsteinwandungen, und ein übler feuchter Fleck mit Schimmelbildung unter der sich lösenden Tapete ist die Folge davon. Befriedigende Abhilfe ist in einem solchen Fall schwer zu schaffen. Richtiger ist es, beim Bau darauf zu achten und im Schornstein an solchen Stellen glasierte Steinzeugröhren einzumauern.

WIRTSCHAFTSUMSCHAU

Bevölkerungsbewegung

Die Ergebnisse der Volkszählung vom 16. Juni 1933 interessieren vor allen Dingen in bezug auf die Gesamtverteilung der Bevölkerung zwischen Stadt und Land und in bezug auf die Binnenwanderung. Aus dem wiedergegebenen Diagramm geht hervor, daß die Großstädte seit 1910 weiter angewachsen sind, so daß jetzt 30 v. H. der Reichsbevölkerung in der Großstadt wohnen. Zur Beurteilung der Binnenwanderung ist die beigegebene Karte lehrreich. Die Bevölkerungsdichte hat sich im Deutschen Reich (ohne Saargebiet) gegenüber 1925 um etwa sechs Einwohner je Quadratkilometer erhöht. Auf 1 qkm des heutigen Reichsgebiets (ohne Saargebiet) kamen

| | |
|-----------------------|-------------------|
| 1910 durchschnittlich | 123,30 Einwohner, |
| 1925 durchschnittlich | 133,47 Einwohner, |
| 1933 durchschnittlich | 139,31 Einwohner. |

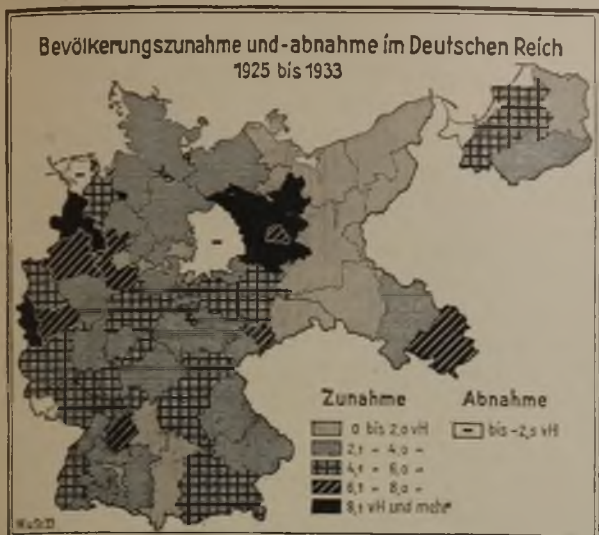
Die dichteste Bevölkerung in den deutschen Ländern, von den Stadtstaaten Hamburg, Lübeck und Bremen abgesehen, hat der Freistaat Sachsen mit 347 Einwohnern je Quadratkilometer. Dann folgen Hessen (186), Baden (161) und Anhalt (158). Die Bevölkerungsdichte Preußens liegt mit 137 etwas unter dem Reichsdurchschnitt. Die geringste Bevölkerungsdichte haben Posen/Westpreußen (44), Ostpreußen (64), Pommern (64) und Brandenburg (70).

Arbeitsmarkt (Vgl. Diagramm f. S. rechts unten)

Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit hat fühlbar abgenommen. Nach der Industrieberichterstattung hat sich die Zahl der besetzten Arbeitsplätze in der Industrie (in v. H. der Kapazität) von 40,3 im Januar auf 46,4 im Juni d. J. erhöht. Die Zahl der in der gesamten Wirtschaft versicherungspflichtig Beschäftigten ist nach der Statistik der Krankenkassen von 11,5 Millionen im Januar auf 13,2 Millionen im Mai gestiegen. Für Juni liegen noch keine abschließenden Zahlen vor. Die Abnahme der

Arbeitslosen wird von Januar bis Juni auf etwa 2 Millionen zu schätzen sein. Die Ursachen dieser Beschäftigungszunahme liegen in den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung, in der konjunkturellen Mehrbeschäftigung durch Belebung der Unternehmertätigkeit und in der jahreszeitlich bedingten Arbeitsmarkt-Entlastung. Von den rund 2 Millionen Arbeitskräften, die in den letzten sechs Monaten eingestellt wurden, verdanken etwa 300 000 ihre Beschäftigung allein den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reiches, der Reichsbahn und der Reichspost. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bisher erst ein verhältnismäßig kleiner Teil der zur Arbeitsbeschaffung vorgesehenen Mittel bereitgestellt worden ist. Bei diesen 300 000 Arbeitskräften sind diejenigen nicht berücksichtigt, die durch nicht vom Reich finanzierte Aufträge der Länder, Gemeinden und anderer öffentlicher Körperschaften sowie durch die allmählich wiedererwachende Privatinitiative Beschäftigung gefunden haben. Die Zahl der im Arbeitsdienst Beschäftigten erhöhte sich im Juni nur leicht; sie betrug Ende Juni rund 256 000 gegen rund 243 000 Ende Mai. Dagegen dürfte die Zahl der Notstandsarbeiter in der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge weiter zugenommen haben. In der Landwirtschaft hielten die Neueinstellungen an. Die Beschäftigungsverhältnisse in der Eisen- und Metallindustrie und in den Hüttenwerken besserten sich weiter. In der Möbelindustrie steigerte sich, im Zusammenhang mit der Gewährung von Ehestandsdarlehen, die Nachfrage nach Facharbeitern. Hausangestellte wurden im Hinblick auf die Maßnahmen der Reichsregierung trotz der Reisezeit zahlreich vermittelt. Auch die Beschäftigungsmöglichkeiten für ungelernete Arbeiter nahmen merklich zu.

Lebenshaltungskosten. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) stellt sich im Durchschnitt des Monats Juni auf 118,8; sie ist



gegenüber dem Vormonat um 0,5 v. H. höher und zwar fast aussch. aus der Indexziffer für Ernährung.

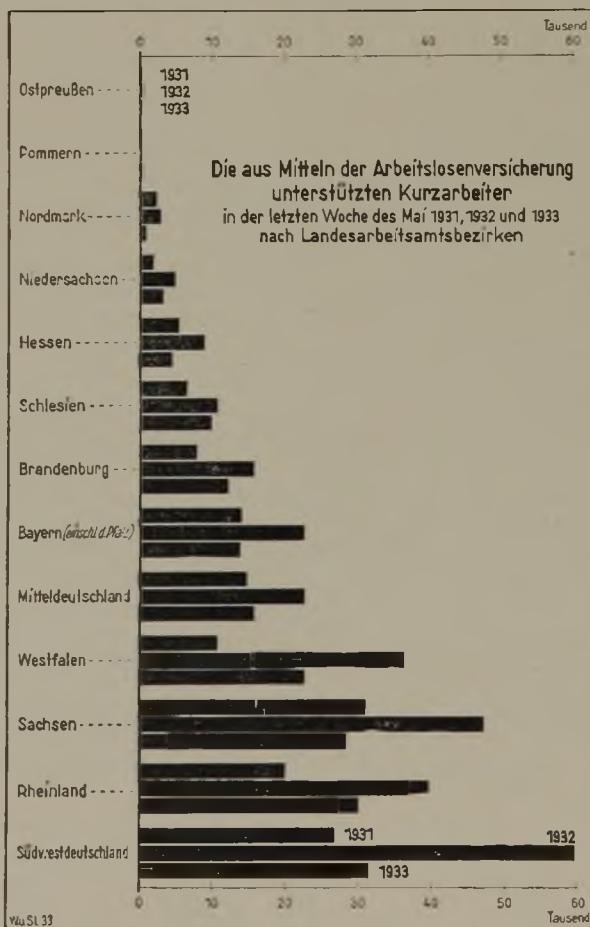
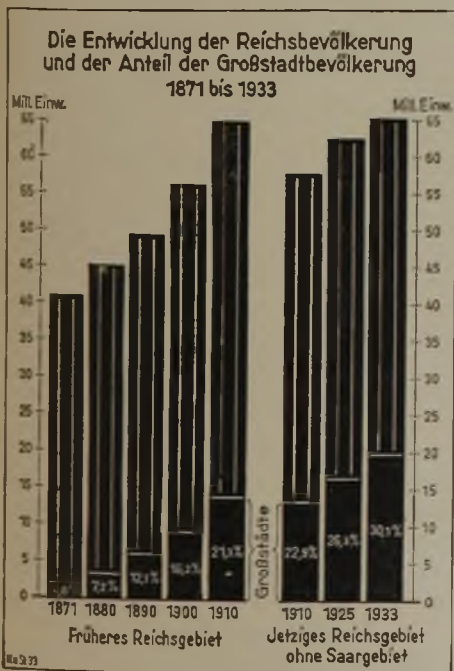
Kapitalmarkt

Sparkasseneinlagen. Die Einlagen bei den deutschen Sparkassen beliefen sich Ende Juni 1933 auf 10 467,3 Millionen Reichsmark und sind somit gegenüber Ultimo Mai, wo sie 10 477,7 Millionen Reichsmark betragen, fast unverändert. Der Berichtsmonat ergibt eine kleine Abnahme der Einlagen um 10,45 Millionen RM gegenüber einer Zunahme von 19,13 Mill. im Mai.

Kreditversorgung. Die wichtigste Hemmung der Kreditversorgung liegt in der besonderen Lage der deutschen Geld- und Kreditwirtschaft. Während sich in normalen Zeiten zunehmende Spartätigkeit (wachsende Spareinlagen, steigender Pfandbriefabsatz, vermehrte Versicherungsabschlüsse) ziemlich gleichzeitig in neue langfristige Ausleihungen umsetzen, ist dieser Gleichtakt jetzt durch die Liquiditätskrise unterbrochen. Sparkassen, Banken, Bodenkreditinstitute und Versicherungen leihen die ihnen neu zufließenden Ersparnisse nicht langfristig aus, sondern benutzen sie vielmehr, ihre Liquidität aufzubessern. Das Liquiditätsbestreben, das den ganzen Kreditapparat als Nachwirkung der Kreditkrise beherrschte, verhindert also praktisch, daß eine Belebung der Spartätigkeit die Versorgung mit Lang-

krediten bessert. Hierzu kommt noch, daß in allen Teilen der Wirtschaft gegenwärtig ein starkes Streben nach Eigenkapitalbildung gegenwärtig ein starkes Streben nach Eigenkapitalbildung unverkennbar ist. Aber die Wirkungen, die diese Stärkung des Eigenkapitals auf die Mehrbeschäftigung der Wirtschaft ausübt, dürfen nicht überschätzt werden. Gegenwärtig beschränkt sich die Bildung von Eigenkapital fast völlig auf die planmäßige und außerplanmäßige Tilgung früher aufgenommenen Kreditschulden. Die scharfe Schrumpfung des Kreditvolumens ist der sichtbare Ausdruck für diese Schuldentilgung. Die Rückzahlungen gehen erheblich über den an sich geringen Betrag neugewährter Kredite hinaus. Auf der Geldseite ist der Deflationsprozeß noch nicht abgeschlossen. Zwar sind zwei seiner Quellen bereits seit Mitte Mai 1932 verstopft. Eine bewußte Kreditrestriktion besteht nicht. Reichsbank und Banken diskontieren jeden guten Handelswechsel. Auch der Zeitabschnitt der Einkommensdeflation ist abgeschlossen. Lohn- und Gehaltskürzungen größeren Umfanges sind nicht mehr erfolgt; aber mit unverminderter Schärfe hält die Deflation in ihren beiden anderen Formen an: im Liquiditätsdrang der Banken und im Rückzahlungsdrang der Schuldner. Mit einer stärkeren Belebung der Wirtschaftstätigkeit ist erst zu rechnen, wenn der Deflationsprozeß aufhört.

Zur Frage der Wirtschaftsbelebung durch eine Zinssenkung äußert sich das „Institut für Konjunkturforschung“ wie folgt: Die Möglichkeit, durch Zinssenkung die Wirtschaftstätigkeit zu steigern, besteht zunächst bei den Auslandsschulden; sie hängt allerdings von der Bereitwilligkeit der Auslandsgläubiger ab. Die Möglichkeit ist ferner gegeben bei den Bankschulden, wenn nämlich die notwendigen auf der Zinsspanne finanzierten Abschreibungen auf einen längeren Zeitraum verteilt werden können. Die Zinssenkung der inländischen Kurzkredite kann entscheidend die Deflationswirkungen hemmen, die in dem Liquiditätsdrang der Banken liegen. Grundsätzlich wichtig ist sodann die Möglichkeit einer



Wirtschaftsbelebung durch Zinssenkung bei den inländischen Landkrediten. Ihre Zinsen sind bisher zum großen Teil von dem Empfänger dem Verbrauchsgütermarkt und nur zum Teil durch Kapitalanlage dem Investitionsgütermarkt zugeführt worden. Eine Umlagerung zugunsten der Produktionsbetriebe würde diese dagegen unmittelbar als Käufer von Investitionsgütern stärken.

Baumarkt

Die Abnahme der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe setzte sich auch im Juni fort. Besonders das Tiefbaugewerbe war in Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms gut beschäftigt. Das Hochbaugewerbe war weniger belebt; es mangelte an Neubausführungen. Die Zahl der arbeitslosen Baufacharbeiter ging im Laufe des Juni d. J. um 10 326, der Bauhilfsarbeiter um 6570 zurück. Ende Juni waren bei den Arbeitsämtern insgesamt 594 904 Baufach- und Hilfsarbeiter gemeldet. Der Arbeitsmarkt der Industrie der Steine und Erden war weiterhin belebt. Gestützt wurde der Arbeitsmarkt namentlich durch gute Beschäftigung der Steinbruchbetriebe. Im übrigen war die Entwicklung uneinheitlich. Nach einem Rückgang der Arbeitslosenziffer um 9460 war Ende Juni der Bestand 128 209.

Nachrichten der Bauindustrie

Ziegelindustrie. Der Aktionsausschuß des „Reichsverbandes der Deutschen Ton- und Ziegelindustrie“ befaßte sich eingehend mit der Lage, wie sie sich darstellt durch die verschiedenen wirtschaftlichen Gesetze der letzten Monate, die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, durch das Eingreifen einzelner Treuhänder und auch nichtberufener Instanzen zur Löhne- und Preisbildung. Der Aktionsausschuß begrüßt es dankbar, daß die Reichsregierung nach jahrelangen vergeblichen Versuchen der Wirtschaft, gesetzliche Handhaben zur Sanierung der unhaltbar gewordenen Zustände zu erwirken, gewissermaßen von heute auf morgen ein Gesetzgebungswerk geschaffen hat, das nicht nur den schon so lange erhobenen Forderungen der Industrie in weitem Maße entgegenkommt, sondern auch durch weitblickende und klare Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten die Voraussetzung für eine Marktberreinigung schafft. Der Aktionsausschuß hat einige seiner Mitglieder beauftragt, sofort in besonders bedrohten Gebieten die Marktordnung durchzuführen. Lebhaftes Bedenken löste dagegen die da und dort im Anschluß an Lohnverhandlungen durch die Treuhänder vorgenommene Preisfestsetzung für Ziegeleierzeugnisse aus, weil hierdurch, so begrüßenswert an sich eine Anpassung der stark abgesackten Preise an die Gestehungskosten ist, eine erhebliche Beunruhigung des Baustoffmarktes eintrat, da im allgemeinen weder Produktions- noch Absatzgebiet mit dem jeweiligen Treuhänderbezirk übereinstimmen, und 13 selbständige derartige Entscheidungen ohne ausreichende rechtzeitige gegenseitige Fühlungnahme der Treuhänder erhebliche Unsicherheiten deshalb zur Folge haben mußten, weil diese Marktregelung nur preislich und nicht zugleich kontingentmäßig angefaßt wurde.

Zementindustrie. Gegen die im allgemeinen nicht ungünstige Entwicklung des Zementabsatzes in den ersten 5 Monaten des laufenden Jahres hat der Juni einen gewissen Rückschlag gebracht. Es wurden 344 000 t abgesetzt gegenüber 389 000 t im Mai und gegenüber 323 000 t im Juni des Vorjahres, während der Juni 1931 einen Versand von 449 000 t aufwies.

Die Zementindustrie hat das Gesetz über Zwangskartelle vom 14. Juni mit Genugtuung begrüßt, da es die schon lange von der Industrie erhobenen Forderungen verwirklicht. Das gilt sowohl hinsichtlich des Kartell-

zwanges wie hinsichtlich des Verbotes der Neugründung von Werken und von überflüssigen Betriebserweiterungen, wodurch unverantwortliche Kapitalfehlleitungen, wie sie leider in der Zementindustrie in den letzten Jahren zu beklagen waren, weiterhin hoffentlich unterbunden werden.

Aus dem Geschäftsbericht der westdeutschen Zementindustrie vom Jahre 1932 entnehmen wir: 1932 ist der Zementversand auf einen seit mehr als 30 Jahren nicht mehr erlebten Tiefstand gesunken. Der Inlandabsatz des Verbandes ging auf ein Drittel eines normalen Jahresversandes zurück. Die Beschäftigung der Werke des Verbandes sank 1932 auf rund 10 v. H. der Kapazität der Fabrikanlagen und der danach bemessenen Kontingente beim Verbandsverbande. Es verdient festgestellt zu werden, daß in Übereinstimmung hiermit 1932 auch nur 10 bis 20 v. H. der Bauarbeiter in Deutschland beschäftigt waren. In noch stärkerem Maße ging der Export nach Übersee zurück.

Kalkindustrie. Die neuerlassenen wirtschaftlichen Gesetze stehen im Vordergrund der Erörterungen, wenn auch bisher von seiten der Industrie noch keine Anträge an die Regierung herangetragen worden sind. In Standortsgebieten, wo sehr stark mechanisierte Werke im Wettbewerb stehen mit anderen älteren Niederlassungen, ist eine Kontingentierung und Preisvereinbarungstendenz erwünscht, wenn, wie z. B. im Hannoverschen, ein neuzeitliches Werk den rücksichtslosen Preiskampf ankündigt. Die getroffenen Maßnahmen der Regierung zur Verhinderung von Neuanlagen werden uneinheitlich beurteilt. Wo es sich nicht um Erschließung neuer Bruchbetriebe oder dergleichen handelt, sondern um eine erzwungene Umstellung, wären die jetzigen Vorschriften hinderlich.

Gipsindustrie. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung konnte sich in der Gipsindustrie noch nicht auswirken, da der Gips zu den Ausbaustoffen gehört und daher voraussichtlich erst im Herbst eine Einwirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms fühlbar werden wird. Zur Zeit ist der Absatz eher rückgängig. Stark getroffen wird die Gipsindustrie durch die Einfuhrbeschränkungen der Aufnahmestaaten.

Holzmarkt. Auf den Weltholzmärkten macht sich eine sanft ansteigende Belebung bemerkbar; sie hat ihren Ursprungspunkt im englischen und italienischen Markt. Rußland mit seiner gewaltigen Schnittholzerzeugung und seinem ausgebreiteten Netz von Handelsvertretungen ist der Nutznießer dieser Lage. Sowjetrußland hat die Holzlieferungen nach England mengenmäßig eingeschränkt und es zugleich verstanden, den Verkaufspreis um rund 2 RM je cbm zu erhöhen. Bei den Zusammenhängen, die zwischen dem deutschen Holzmarkt und denen der Welt, trotz der Einschränkung des Importes bestehen, ist ein Hinweis hierauf zweckmäßig. An eine etwa absinkende Preistendenz am deutschen Holzmarkt ist keinesfalls zu denken, eher an eine mäßige Preissteigerung, die für einzelne Sortimente gewiß geboten wäre. Man darf in der Frage der Holzpreise sich nicht bedenkenlos auf die Seite Derer stellen, die für eine Preissteigerung erheblicheren Grades werben, weil diese der Förderung des gewaltigsten aller Arbeitsprogramme abträglich sein könnte. Preiswert soll und muß der Hausrat sein, der jetzt auf Grund der Beschaffungsscheine hergestellt werden wird. Das hierbei zu bevorzugende Kleintischlergewerbe muß dem Wettbewerb der maschinell hochgerüsteten Möbelwerke begegnen können. Zur Zeit verladen die Sägewerke lebhaft aus ihren Wintereinschnitten die zur Auffüllung der starkgelichteten Bretterlager des Einzelhandels nötigen Mengen nach Dresden, Düsseldorf, Leipzig und Westfalen. Diese Erscheinung ist am Holzmarkt seit etwa zwei Jahren ungewohnt.

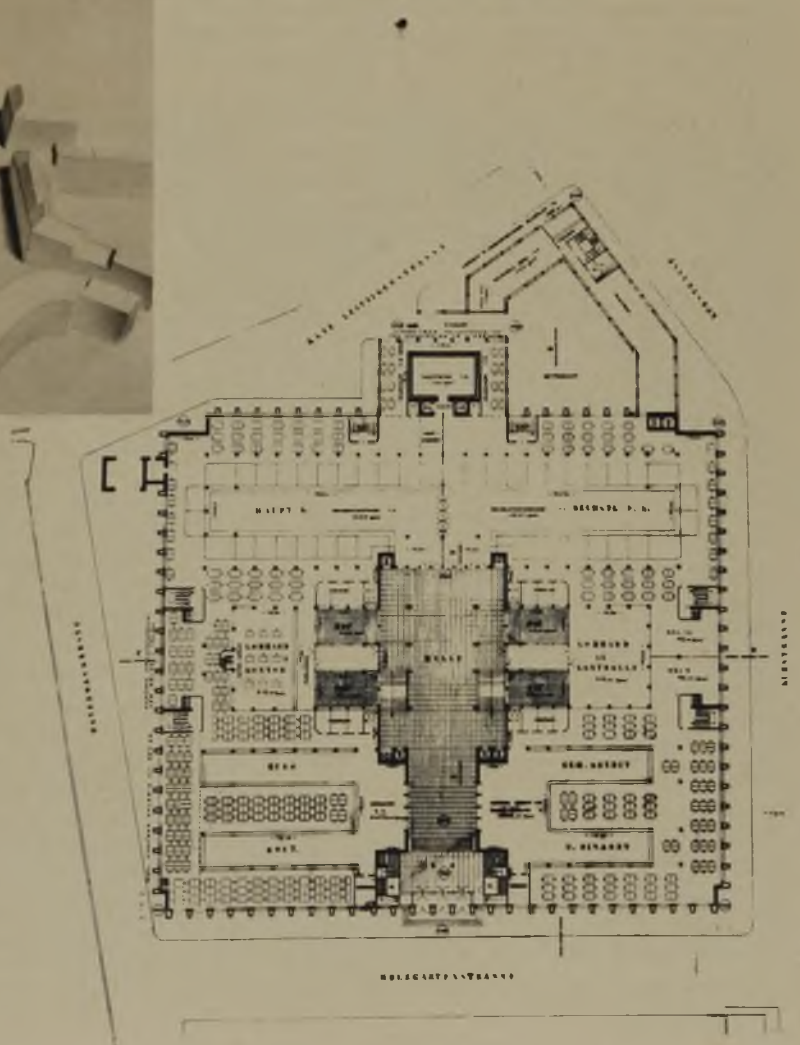
Reg.-Baumstr. a. D. Dr.-Ing. R i e d e l, Berlin



Professor Emil Fahrenkamp, Düsseldorf



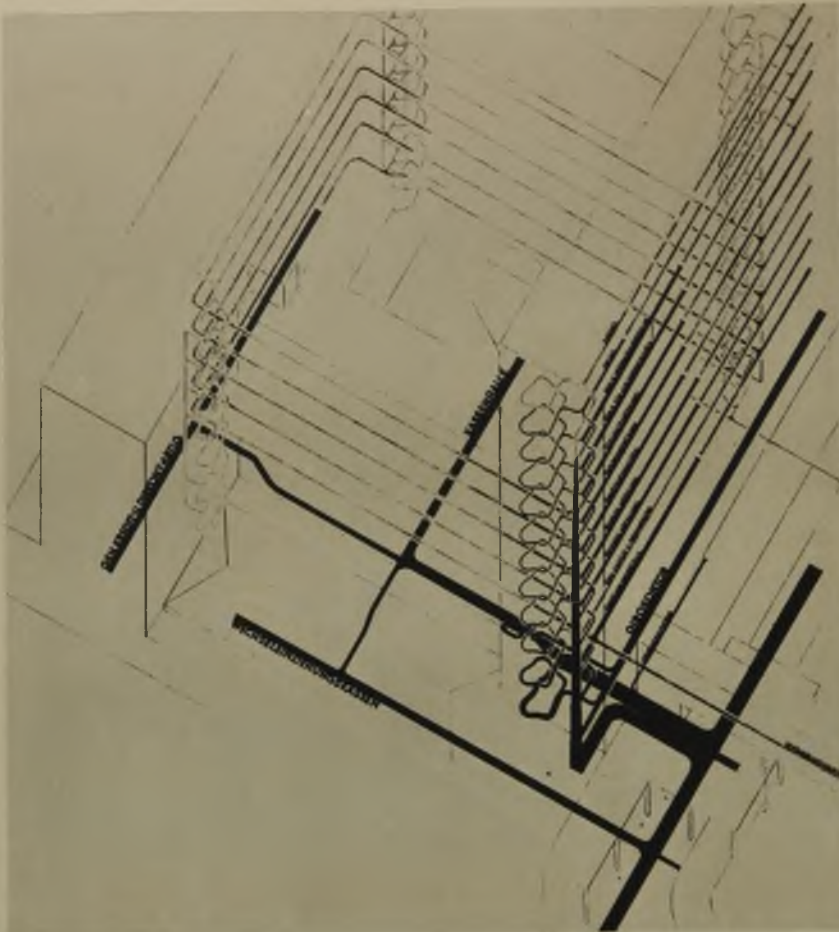
Die Anordnung der Hauptteile in der Mitte des Gebäudes besitzt den großen Nachteil, daß sich der Verkehr des Publikums zu den nebeneinanderliegenden Kassen und zu den rundherum angeordneten Geschäftsabteilungen übermäßig häuft. Die Belichtung ist infolge der Anordnung der Quertrakte von Ost nach West ungenügend. Von sieben Höfen ist keiner richtig befahrbar. Weiter ist zu beanstanden, daß die Seite an der Spree die Baufluchtlinie verläßt. Die Formensprache scheint anderem Zweck mehr angepaßt als einer Reichsbank. Zu beachten ist der Turm über dem Tresor mit den Millionen in Gold. Der Bearbeiter hat somit auf zweierlei Weise den Versuch unternommen, der Idee „Reichsbank“ einen besonderen Ausdruck zu verleihen.



Dr.-Ing. Max Säume u. Diplomingenieur Günther Hafemann, Berlin

Erläuterung zum Verkehrsschema

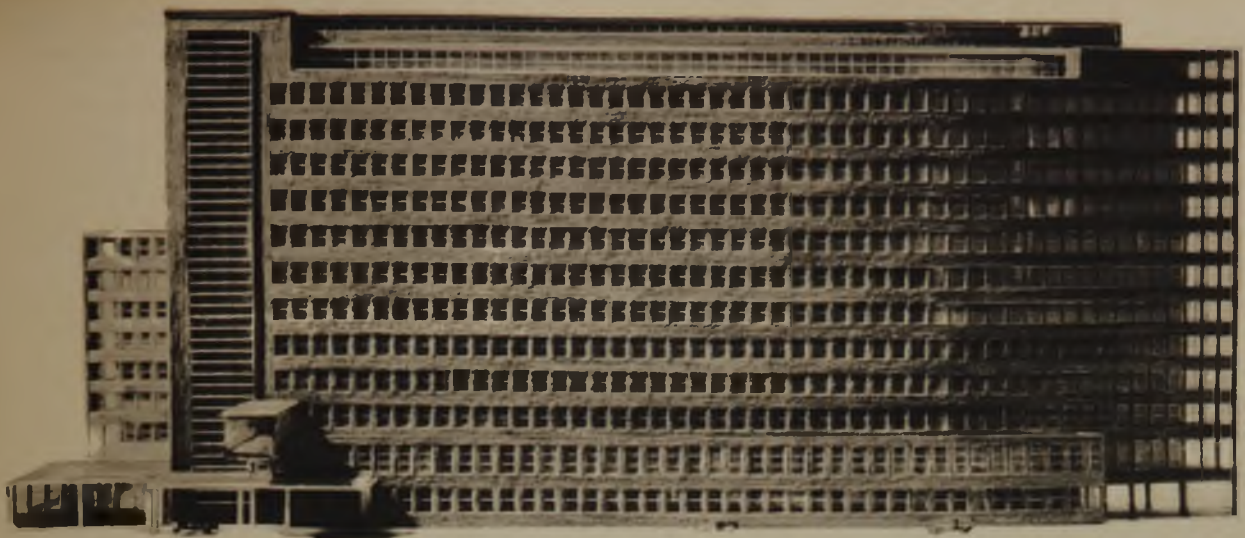
Die Lage verlangt, daß von einem Haupteingang Ecke Kurstraße und Holzgartenstraße aus das Grundstück abgeschlossen wird. Für die Grundrißgestaltung ist in erster Linie die innere Verkehrsfunktion entscheidend. Die im Erweiterungsbau untergebrachten Betriebsabteilungen haben teilweise starken, geringeren oder gar keinen Verkehr mit dem Publikum. Dies führt zu einer vertikalen wie horizontalen Gliederung in der Lage der einzelnen Betriebsabteilungen. Die Abteilungen mit großem Publikumsverkehr (Kassenhalle, Wechseleinziehungskassen, Girokontor und Geheime Kredit- und Diskontabteilung) mit ihren Nebenräumen umschließen unmittelbar die in der Achse des Haupteingangs liegende Verteilerhalle. Sie ist der Mittelpunkt für den in der Horizontalen sich bewegendem besonders starken Verkehr. Kassenhalle und Wechseleinziehungskassen liegen sich gegenüber, so daß eine unmittelbare Verbindung zwischen den Kassen möglich ist, ohne daß die Beamten die Verteilerhalle betreten müssen. Seitwärts wird die Kassenhalle berührt vom Girokontor und der Geheimen Kredit- und Diskontabteilung, wodurch eine innere Verbundenheit dieser Abteilungen hergestellt ist. Unabhängig von dem horizontalen starken Publikumsverkehr bildet das Haupttreppenhaus mit seinen Aufzügen und den Paternosteranlagen die vertikale Verkehrszentrale aller Abteilungen mit geringem Publikumsverkehr. Alle Publikumsräume liegen unmittelbar am Haupttreppenhaus mit den Aufzügen. Die Abteilungen ohne Publikumsverkehr wurden in einem besonderen Bauteil abseits vom Haupteingang in ruhiger Lage untergebracht. Alle Räume der beiden Haupttrakte haben den Vorteil der Ost- und Westbelichtung. Die äußere Form ist aus dem inneren Organismus erwachsen. Die innige Verbindung organisatorischer Nutzbarkeit mit der Wirtschaftlichkeit hat hier die übliche Form der Randbebauung gesprengt.



Durch zwei Verbindungstrakte ist ein ringförmiger Verkehr der Dienststellen untereinander, scharf getrennt vom Publikumsverkehr (s. Text) geschaffen worden. Durch die Entfernung der vier Treppenhäuser an den vier Gelenkpunkten der einzelnen Bauglieder ist die Ausdehnung dieses Ringverkehrs bestimmt. (Schwarz: Publikum. Grau: Beamte)

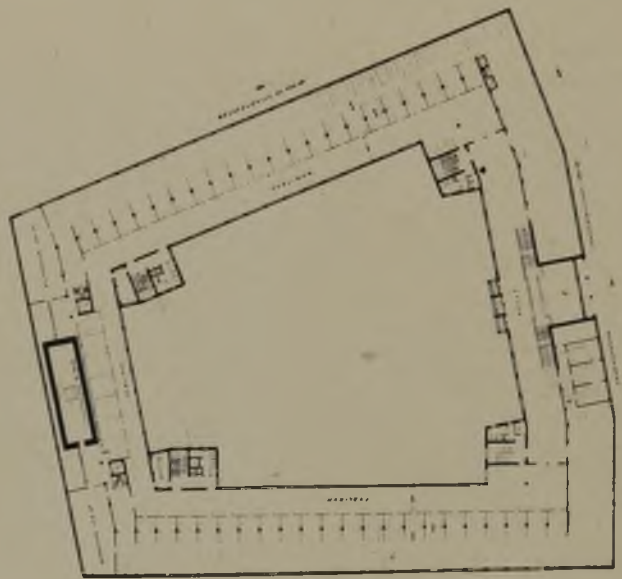


Der Werdersche Markt ist zu einer Platzfolge umgestaltet. Zusammen mit dem Gendarmenmarkt, dem Schloßplatz, dem Friedrichsforum und dem Lustgarten entsteht auf diese Weise ein Kranz wirkungsvoller Plätze



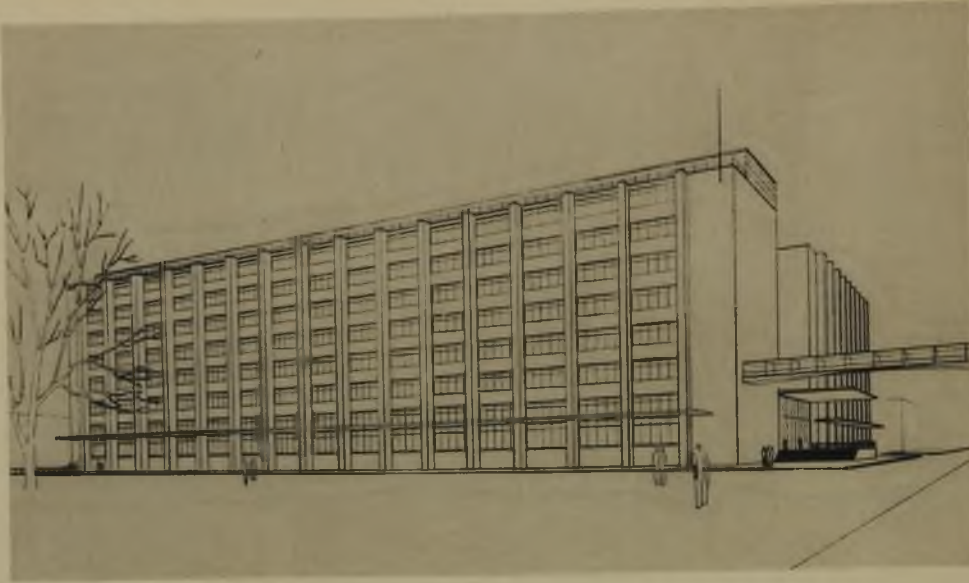
Professor Heinrich Tessenow, Charlottenburg

Zu einer symmetrischen Lösung der Bauaufgabe lag kein Anlaß vor; dadurch gehen die natürlichen Beziehungen zur Umwelt verloren. Unmöglich sind die langen Hallen. Man kann vom Publikum nicht verlangen, daß es in den Räumen um die Ecke läuft. Die Kassenräume sind mangelhaft belichtet. Die inneren Verkehrsverhältnisse sind schlecht. Die Form ist klar und zweifelsohne ein Ausdruck für ein Bankgebäude.

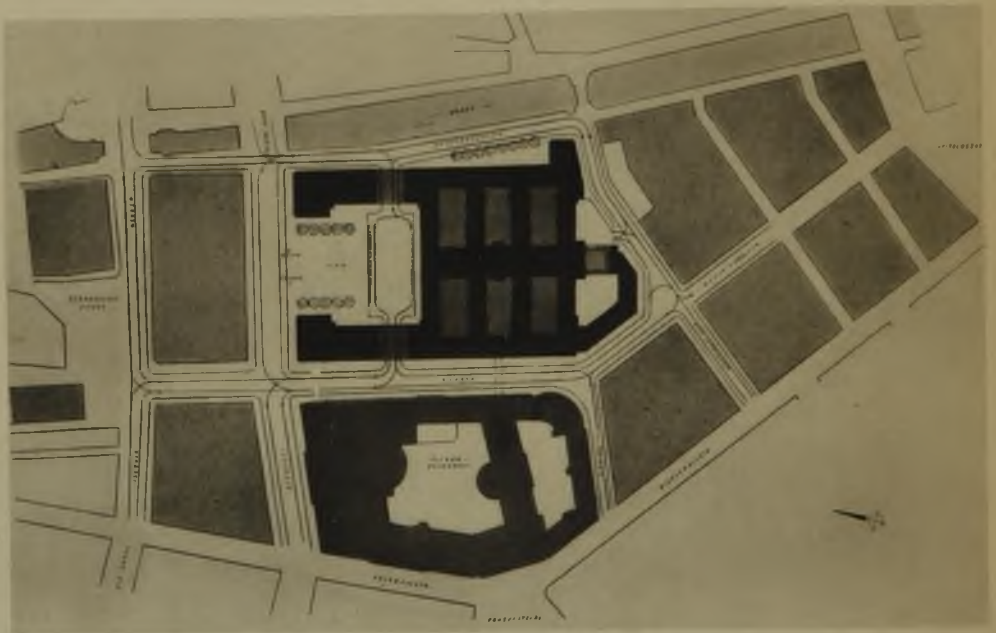


Erdgeschoßgrundriß. Oben die Wechselhalle. Unten die Kassenhalle. Links der Tresor





Professor Walter Gropius, Berlin



Die Anordnungen dieser Art haben den Nachteil, daß sie das Gebäude in zwei Hälften teilen. Die Trakte fallen so schmal aus, daß ihre wirtschaftliche Ausnutzung Schwierigkeiten bereiten wird. Von den sieben Höfen sind sechs nicht befahrbar. Die Unterteilung in acht Einzeltrakte erfordert eine erhebliche Anzahl von Treppen. Der Zugang zu den beiden Kassenräumen und den beiden wichtigsten Abteilungen ist nicht nur umständlich und lang, sondern infolge der schlechten Beleuchtung geradezu gefährlich. Die in der Nordsüdrichtung im Sockelgeschoß angeordnete Eingangshalle weist schlechte Beleuchtungsverhältnisse auf. Eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen ist unter Oberlicht angeordnet. Die Formensprache ist die einer Werkanlage, nicht die einer Reichsbank.

Wilhelm Riphahn, Köln

Der Gestalter hat bewußt auf eine Randbebauung verzichtet und ordnet in Nordsüdrichtung an der Kurstraße und an der Spree zwei gleichlaufende Baukörper an, in der Mitte zwischen beiden die Kassenhalle, das Herz der Anlage.



Regierungsbaumeister Richard Döcker, Stuttgart

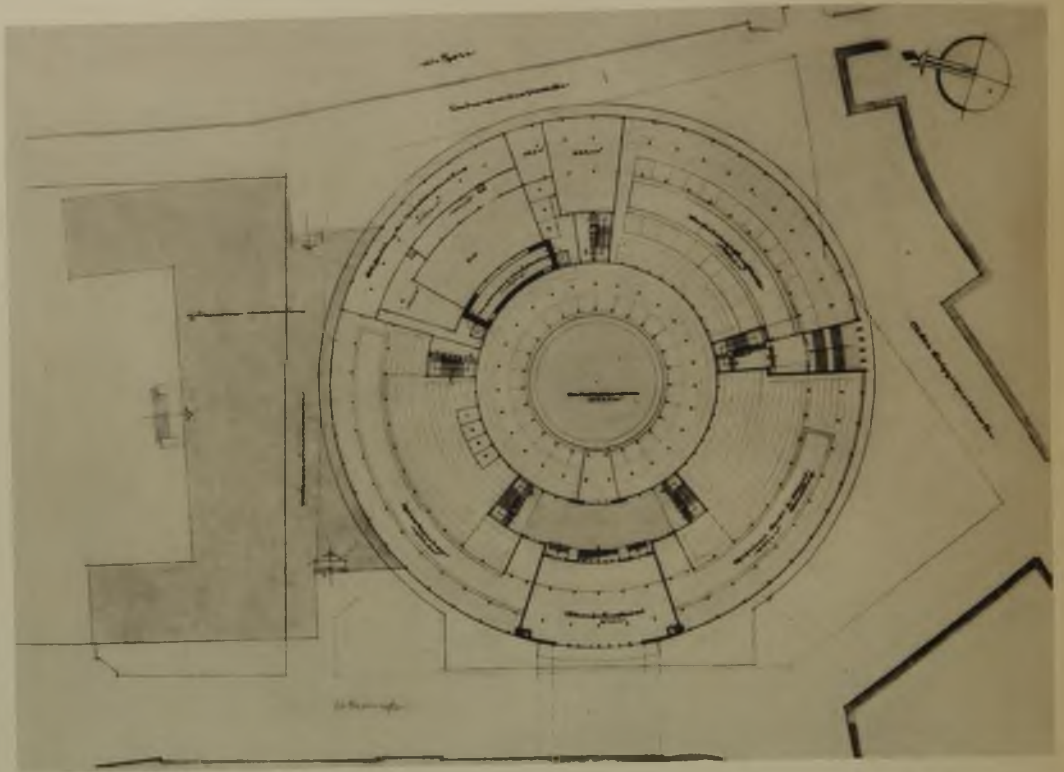
Die Lösung ist betriebstechnisch unbefriedigend. Die Höfe sind zu eng und hoch mit ausgesprochenen Nord- und stark beschatteten Südseiten. Die ausdrucksarme Formensprache kann nicht befriedigen.



Geheimrat Prof. German Bestelmeyer, München

Der Gestalter hat die Gebäudetrakte um sieben enge Höfe angelegt. Da die Bauanlage sich in ostwestlicher Richtung entwickelt, dürfte die Belichtung in diesen Höfen unzureichend sein. Die Zusammendrängung des Verkehrs zu vier großen Geschäftsabteilungen an einem einzigen Mittelflur ist bedenklich. In den Obergeschossen sind die vorzüglichen Belichtungsverhältnisse am Spreeufer an Nebenräume verschwendet. Der Eingang im Hintergrund eines Hofes ist ungünstig; ebenso ist weder für den Anfahrverkehr noch für Parkflächen Sorge getragen. Am Spreeufer stört die unruhige Staffelung der Baumassen.

Einiges Bemerkenswerte von den übrigen Arbeiten



In der Mitte rechts der heutige Haupteingang. In der Mitte des Rundbaus die Kassenhalle. Links unten das Girokontor. Rechts unten Geheime Kredit- und Diskontabteilung. Rechts oben Wechseleinziehungskasse. Links zukünftige Erweiterung

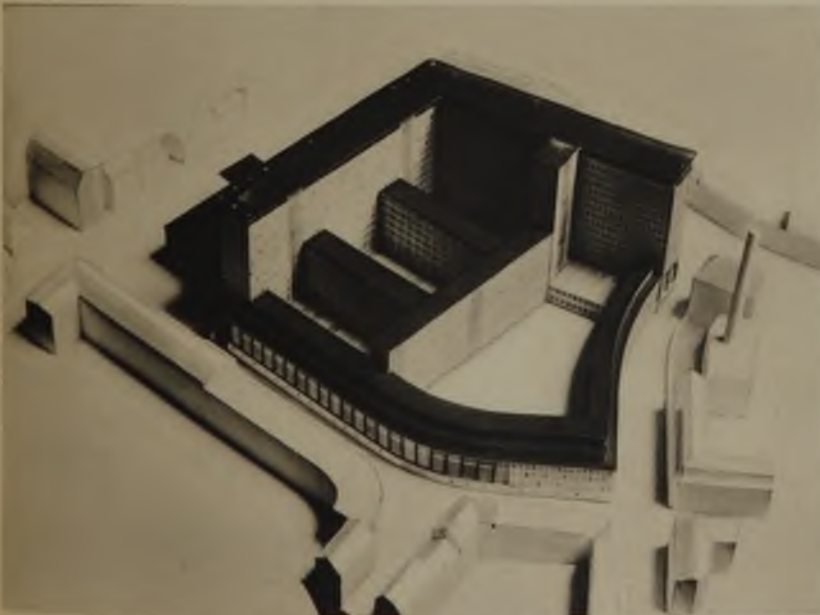


Erdgeschoßgrundriß, Schaubild und Variante der Arbeit von Professor Edmund Körner, Essen

Gestalter: Professor Erich
Blunck, Berlin



Gestalter: Pfeifer und Großmann, Mit-
arbeiter Frisch und Fries, Mülheim-Ruhr
(vgl. Heft 31, Seite 612/13)



Gestalter: Professor Gruber, Darmstadt

Gestalter: Professor Hans Poelzig,
Charlottenburg



Gestalter: Otto Haesler, Mitarbeiter
Hermann Bunzel, Celle



Gestalter:
Prof. Dr.-Ing. E. h. Alfred Fischer, Essen



Bearbeiter der Wettbewerbveröffentlichung: Regierungsbaumeister Heiss